

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

3.3.1868 (No. 53)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 3. März.

N. 53.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einschickungsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Sofasage.

Wegen Ablebens Seiner Majestät des Königs Ludwig I. von Bayern legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf 3 Wochen an, und zwar die ersten 11 Tage nach der 3., die folgenden 10 Tage nach der 4. Stufe der Trauerordnung.

Karlsruhe, den 2. März 1868.  
Großherzogliches Oberstkammerherren-Amt.  
Freiherr von Reischach.

Durch höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs vom 29. v. Mts. wird  
Major Konstantin Veres in (1.) Leib-Grenadierregiment auf sein unterthänigstes Ansuchen in den Ruhestand versetzt, mit der Erlaubnis, die Uniform der Offiziere vom Armeekorps zu tragen.

## Telegramm.

Berlin, 2. März. Heute Mittag trat der Bundesrath des Deutschen Zollvereins im Bundeskanzleramt zur ersten Sitzung zusammen. Dieselbe wurde durch den Grafen Bismarck eröffnet.

## Deutschland.

Karlsruhe, 2. März. Verschiedene Blätter, unter andern auch die Augsburger „Allgem. Zeitung“, brachten die Nachricht, die Herren Staatsminister Stadel und General Ludwig hätten die Auflösung des früheren und die Bildung des jetzigen Staatsministeriums zuerst aus der Zeitung erfahren und leiteten daraus gegen das letztere den Vorwurf größter Rücksichtslosigkeit ab. Der Vorwurf wäre begründet, wenn die thatsächliche Voraussetzung desselben richtig wäre. Dies ist aber nicht der Fall. Wir können erklären, daß beiden Herren die betreffenden Mittheilungen vor deren Publikation schriftlich in rückwärtsvollster Form gemacht worden sind.

Karlsruhe, 1. März. Dieser Tage gingen zehn Groß-Offiziersaspiranten auf die Königl. preussische Kriegsschule zu Kassel ab, welche an dem achtmonatlichen Kurs Theil nehmen und daselbst am Schluß des Kurzes das Offiziersexamen ablegen.

Die im Oktober v. J. auf die Kriegsschule zu Engers befehligten Aspiranten werden Ende Mai d. J. nach abgelegtem Offiziersexamen zu ihren Abtheilungen zurückkehren, worauf ihre Beförderung zum Offizier auf Grund der mitgebrachten Referenzurtheile erfolgt.

Dieser Modus der Ergänzung des Offizierskorps entspricht den so eben an die Regimenter ausgegebenen „provisorischen“ Bestimmungen, welche analog den preussischen Vorschriften den ganzen Bildungsgang von der Annahme junger Leute auf Offiziersbeförderung, sogenannter „Avantagereise“, bis zur Ernennung zum Offizier festsetzen.

München, 29. Febr. Wegen Ablebens des Königs Ludwig I. ist eine Hof- und Landestrauer von drei Monaten angeordnet. Eine Hofkommission wird morgen die Königseiche von Nizza abholen.

München, 29. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Staatsminister der Justiz: die Staatsregierung befinde sich zur Zeit noch nicht in der Lage, einen Gesetzentwurf über Einführung der obligatorischen Zivildienst in Aussicht zu stellen; für die Staatsregierung sei der Umstand entscheidend, daß gegründete Zweifel beständen, ob die Einführung dieses Instituts der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung willkommen sein werde. Die Kammer lehnte auch mit 74 gegen 52 Stimmen den Antrag auf Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Einführung der obligatorischen Zivildienst ab.

Kassel, 24. Febr. Durch Erlass des Staatsministeriums vom 21. Januar l. J. ist der Gebrauch der Scheidemünzen süddeutscher Währung in den ehemals kurhessischen Provinzen Hanau und Fulda und in den ehemals badrischen Landestheilen bis auf Weiteres gestattet.

Gotha, 28. Febr. (Fr. J.) Eine heute erlassene Ministerialbestimmung veröffentlicht die bereits am 20. Dezember v. J. mit dem Präsidium des Norddeutschen Bundes getroffene Uebereinkunft, nach welcher die herzogliche Staatsregierung die ihr nach den Bestimmungen der Bundesverfassung bei der Anstellung von Telegraphenbeamten im Bereich ihres Landesgebietes zustehenden Befugnisse vom 1. Januar 1868 ab für alle vorkommenden Fälle dem Präsidium des Norddeutschen Bundes überträgt und sich nur das Recht vorbehält, die erfolgte Anstellung von Telegraphenbeamten in ihrem Landesgebiet in ihren amtlichen Organen bekannt zu machen. Diese Beamten tragen denn nun auch dieselbe Uniform wie die übrigen im Bereich des Norddeutschen Bundes, jedoch, soweit sie kurburggothaische Staatsangehörige sind, mit der herzoglichen Kokarde.

Weimar, 29. Febr. Der Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung die auf den Bestimmungen des ehemaligen

Deutschen Bundes beruhenden Gesetze über Vereins- und Versammlungsrecht aufzuheben; gleichzeitig wurde die Abschaffung der Todesstrafe genehmigt.

Hannover, 29. Febr. König Georg läßt durch seine Bevollmächtigten in London, wie der „Köln. Ztg.“ von dort gemeldet wird, alle jene Geldposten einziehen, welche nicht zu den Staatsgeldern gehören, die nach dem Vertrag mit Preußen zurückgefordert worden, sondern als sein Privateigentum ihm verblieben sind und im Juni 1866 nach England befördert wurden. Die Summen werden nach Hiehung geschickt, so daß in England kein Vermögen des Königs zurückbleibt. Bis jetzt werde der König demnach seine Ueberföderung nach England nicht beschloßen haben. — Ein Theil der Dienerschaft Georg's V., etwa 40 Mann, traf, wie die „Magd. Ztg.“ schreibt, von Wien über Leipzig in Magdeburg ein, um die Reise nach Hannover nach kurzem Aufenthalt fortzusetzen. Ihre Stimmung war nicht gerade veränligter Art, da sie, wie man von ihnen vernahm, pensionirt sind. — Zu den hannoverschen Staatsgefangenen, welche kürzlich nach Berlin gebracht worden, sind Anfangs dieser Woche noch drei hinzugekommen. Dagegen ist, wie die „Post. Ztg.“ berichtet, Einer auf Urlaub entlassen, mit der Verpflichtung, sich auf Vorladung sofort wieder zu stellen.

Berlin, 29. Febr. Die Session des Landtags ist heute Nachmittags 2 Uhr durch Se. Majestät den König im Weißen Saale des Königl. Schlosses durch folgende Thronrede geschlossen worden:

Erlaucht, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Die Sitzungsperiode, welche mit dem heutigen Tage zu Ende geht, war reich an wichtigen Aufgaben. Es wird Sie ebenso wie mich die Genugthuung erfüllen, daß diese Aufgaben in wesentlicher Uebereinstimmung zwischen Meiner Regierung und der Landesvertretung gelöst oder einer baldigen Lösung entgegengeführt worden sind.

Ich danke Ihnen für die Bereitwilligkeit, mit welcher von beiden Häusern des Landtages dem Mehrzweck, welchen ich zur Aufrechterhaltung der Würde der Krone in Anspruch genommen habe, die Zustimmung erteilt worden ist.

Durch den Staatsausfall-Etat und andere von Ihnen gutgeheißene Finanzgesetze sind Meiner Regierung die Mittel gewährt, die Verwaltung der erweiterten Monarchie in allen Zweigen entsprechend fortzuführen und mannigfache außerordentliche Bedürfnisse, sowie berechtigete Wünsche der neu erworbenen Lande zu befriedigen. Meine Regierung wird es als ihre Aufgabe ansehen, diese Mittel mit Umsicht und Sparsamkeit zu verwenden.

Die zur Linderung des Nothstandes in Ostpreußen mit Ihrer Zustimmung getroffenen Anordnungen werden, wie ich zuversichtlich hoffen darf, im Verein mit den alleseitigen Erweisen der öffentlichen Wohlthätigkeit und unter der bewährten Fürsorge Meiner Behörden genügen, um die nächsten Gefahren von der schwer betroffenen Provinz abzuwenden. Die mit Ihnen vereinbarten weiteren Maßregeln werden dazu beitragen, jene Landestheile mehr und mehr mit dem vaterländischen Gemeinwohl in Verbindung zu setzen und einer hoffnungsvollen Entwicklung entgegen zu führen.

Eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe von allgemeiner oder provinzieller Bedeutung hat Ihre Zustimmung erhalten.

In Betreff der von mir erstrebten Fortbildung der Verwaltungseinrichtungen haben in dieser Sitzungsperiode nur vorläufige Erweiterungen innerhalb der Landesvertretung stattfinden können; die hierbei geäußerten Aufforderungen und Wünsche werden bei den im Gange befindlichen legislativischen Vorarbeiten eingehende Beachtung finden.

Durch die Bewilligung des Provinzialfonds für Hannover haben Sie nicht bloß den Wünschen der Billigkeit und des Wohlwollens, von welchen Meine Entschlüsse den neugewonnenen Provinzen gegenüber geleitet werden, Ihre Zustimmung erteilt, sondern zugleich thatsächlich den Boden bereitet, auf welchem nach der Absicht Meiner Regierung auch für alle andern Provinzen eine erfolgreiche Selbstverwaltung erwachsen soll.

Mit Befriedigung erkenne ich es an, daß Sie denjenigen politischen Gesichtspunkten und Erwägungen beigetreten sind, von welchen Meine Regierung bei dem Abschluß der Ausgleichungsverträge mit den früheren Landesherren von Hannover und Nassau ausgegangen ist.

Sie haben dadurch auch Ihre Zustimmung beigetragen, den neuen Verhältnissen eine feste Grundlage zu geben und ihre friedliche und ruhige Entwicklung zu sichern.

Meine Regierung ist in ihren auswärtigen Beziehungen unausgesprochen bestrebt gewesen, ihren Einfluß für die Erhaltung und Befestigung des europäischen Friedens zu verwerthen, und kann ich mit Genugthuung bekunden, daß diese Bestrebungen, da sie von Seiten der auswärtigen Regierungen in freundschaftlicher und wohlwollender Gesinnung getheilt werden, die Bürgschaft des Erfolges in sich tragen. Ich darf daher die Zuversicht aussprechen, daß das fester begründete allgemeine Vertrauen für die Entwicklung der geistigen und materiellen Güter und des Wohlstandes der Nation die erwünschten Früchte tragen werde.

Berlin, 29. Febr. In der heutigen Schlußsitzung des Abgeordnetenhauses wurden mehrere Petitionen durch Ueberweisung an die Regierung erledigt; alsdann gibt der Präsident v. Jordanbeck eine Zusammenstellung der Arbeiten in der Session und hebt hervor, daß diese Session die erste war, welche nach der Begründung des Norddeutschen Bundes und unter Theilnahme der neuen Landestheile stattgefunden

habe. Dieselbe war vorwiegend finanziellen Regelungen gewidmet, die nächste werde unzweifelhaft die notwendigen Reformen in Angriff nehmen. Der Präsident schließt mit einem dreifachen Hoch auf den König.

Berlin, 29. Febr. Beim Schluß des Landtags fehlte Graf Bismarck und in der Diplomatenloge befand sich nur der bayerische Gesandte. Voraussichtlich werden während der Sitzungen des Zollparlamentes Besprechungen zwischen dem Minister des Innern und verschiedenen Vertrauensmännern über die Reform der Organisation der Verwaltung stattfinden. — Die „Kreuzzeitung“ widerlegt die Mittheilung, daß der Pöfener Erzbischof Graf Ledochowski zum päpstlichen Nuntius für Berlin designirt sei, die Berliner Nuntiatursfrage sei überhaupt noch gar nicht besprochen worden. — Die Regierung wird demnächst dem Landes-Defonomie-Kollegium wichtige Vorlagen zur Hebung des Realcredits machen und Gutachten darüber einfordern, ob die Einrichtung einer Central-Hypothekbank unter Staatsleitung mit Zweigbanken als ein Fortschritt gegenüber dem jetzigen provinziellen Pfandbriefsystem anzusehen sei. — Die Verhandlungen des Zollparlamentes werden mutmaßlich drei Wochen dauern. — Kriegsminister v. Roon wird im Frühjahr von seinem Gesundheitsurlaub von Italien zum Wiederantritt seines Amtes zurückkehren.

Berlin, 29. Febr. (Köln. Ztg.) Die Reise des Prinzen Napoleon nach Berlin soll der preussischen Regierung, offiziell wenigstens, nicht angekündigt worden sein. In diplomatischen Kreisen wird die Reise inzwischen bestätigt. Es hieß gestern Abend, der Prinz werde inkognito hier eintreffen, weder im Schloß noch in der Botschaft, sondern im Wiener Hotel Wohnung nehmen und einige Tage in Berlin verweilen. Ueber die Gründe der Reise Vermuthungen aufzustellen, wäre gewagt. Man wird darin einen Versuch der Annäherung zwischen den beiden Regierungen erblicken, vielleicht auch die Absicht Frankreichs, Preußens Stellung in der orientalischen Frage deutlicher zu erkunden. So widerspruchsvoll auch die Nachrichten über die Bewegung an der untern Donau lauten mögen, sicher ist, wie auch die Sprache der französischen Blätter beweist, daß man sich in Paris lebhaft damit beschäftigt. Und so wird es denn nicht ausbleiben, daß man die Anwesenheit des Prinzen Napoleon damit in Verbindung bringen wird. Aber es kann sich dabei selbstverständlich nur um Voraussetzungen handeln, deren Befestigung um so mehr abzuwarten bleibt, als noch nicht einmal festgestellt ist, ob der Prinz wirklich eine Mission für Berlin hat. — Der Handelsvertrag mit Oesterreich, dessen Unterzeichnung in der kommenden Woche zu erwarten steht, wird dem Zoll-Bundesrath, wie von guter Seite bestätigt wird, nicht vor der Unterzeichnung vorgelegt werden. Die an dieser Stelle darüber ausgesprochene Vermuthung erweist sich dadurch als gerechtfertigt. Preußen hatte, wie stets in solchen Fällen, die Absicht des Abschlusses den Zollvereins-Staaten mitgetheilt, die ihre Wünsche kund zu geben in den Stand gesetzt waren. Die süddeutschen Staaten waren sogar bei der Verhandlung zum Theil zugezogen. Die Unterzeichnung kann daher ohne Weiteres erfolgen. Ein ähnliches Verfahren wurde bei dem italienischen Schiffsfahrts-Vertrag und noch in anderen Fällen beobachtet.

Berlin, 1. März. Zu der gestrigen Feierlichkeit des Landtags-Schlusses waren die Mitglieder des Herrenhauses verhältnismäßig zahlreich erschienen. In den Reihen der Abgeordneten bemerkte man große Lücken. Viele derselben haben schon am Freitag Berlin verlassen. Graf Bismarck nahm an dem Schließungsakt nicht Theil. Als sein Stellvertreter fungirte der Finanzminister v. d. Heydt. Die Königl. Thronrede macht hier einen sehr günstigen Eindruck. Mit Freuden vernimmt man die Konstatirung der Einigkeit, welche sich in fast allen Fragen zwischen der Regierung und der Landesvertretung herausgestellt hat. Neben der Genugthuung über die Wahrung des innern Friedens aber gibt sich in weiteren Kreisen eine erhöhte Freude darüber kund, daß auch die auswärtigen Beziehungen Preußens, sowie die Gesamtsituation sich in erspriehlicher Weise gestalten. Die gerade in jüngster Zeit vielfach verbreiteten alarmirenden Gerüchte finden in der Thronrede nicht bloß keine Bestätigung, sondern eine entschiedene Widerlegung. Im Hinblick darauf wird hier gewiß mit vollem Recht bemerkt, daß von so hoher und nach allen Richtungen hin so wohl orientirter Stelle schwerlich mit solcher Bestimmtheit von festen und dauernden Friedensausichten gesprochen sein würde, wenn für diese Zuversicht nicht sehr gewichtige Stützpunkte vorhanden wären.

Die von hiesigen Blättern verbreitete Nachricht: der Generaldirektor der Königl. Museen, Geh. Rath v. Diers, sei um seinen Abschied eingekommen, entbehrt der Begründung. Die Besserung in dem Befinden des Hrn. v. Diers macht anbauern Fortschritte. — Der kürzlich verstorbene Appellationsgerichts-Präsident v. Müller in Breslau gehörte zu den ausgezeichnetsten und angesehensten Juristen Preußens. Als vor einigen Jahren der frühere Justizminister Graf zur Lippe wegen Kränklichkeit um seine Entlassung nachgesucht hatte, war Hr. v. Müller eventuell zu dessen Nachfolger angethan, Graf Lippe trat damals eine längere Urlaubreise an, in deren



Verlauf sich seine Gesundheit wieder befestigte. — In der auf den Kalkredit bezüglichen Vorlage, welche für das Landes-Deponierkollegium bestimmt ist, wird ausgesprochen, daß durch die Aufhebung der Zinsbeschränkungen für den Hypothekverkehr eine neue Veranlassung geboten sei, sich nach Mitteln zur Förderung des Realcredits umzusehen. Das Kollegium erhält die Aufforderung, außer der beabsichtigten Verbesserung der Hypothek- und Substitutionsordnung in dieser Beziehung Vorschläge zu machen. Namentlich wird ihm die Frage gestellt, ob die Errichtung einer Zentral-Hypothekbank unter staatlicher Leitung mit Zweiganstalten in allen Provinzen nach Analogie der preussischen Bank als ein Fortschritt gegenüber dem jetzigen System der provinziellen Pfandbrief-Institutionen zu betrachten sein würde.

**Berlin, 1. März.** Der Hr. v. Quaade zum technischen Beirath attachirte Professor Larsen ist heute früh nach Kopenhagen gereist; er wird, wie es heißt, in etwa 14 Tagen wieder zurückkehren.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 29. Febr.** Die Budgetkommission des Reichsraths hat in ihrer Sitzung die außerordentlichen Kosten für die Umgestaltung der Gewehre, sowie die Mittel zur Neubeschaffung von 250,000 Hinterladern bewilligt. — Die cisleithanische Delegation hat die Anträge des Ausschusses, betreffend die Bewilligung von 76 Millionen Gulden für das Landheer, genehmigt; gleichzeitig wurden mehrere hierzu aufgestellte Resolutionen angenommen, welche beantragen, daß noch vor Einbringung des nächsten Voranschlags des Staatshaushalts-Staats entsprechende Reorganisations im Landheer, sowie in der Verwaltung eingeführt werden und die militärische Gerichtsbarkeit bei allen bürgerlichen Rechtsfällen wegfalle. — Der Dreißiger-Ausschuß der ungarischen Delegation hat die volle Delegation für den österreichischen Botschafter in Rom genehmigt. Der Reichskanzler erklärte im Lauf der Verhandlung, daß die Regierung eine Reorganisation des Konsularwesens beabsichtigt.

**Wien, 29. Febr.** Die „Debatte“ schreibt: Diplomatische Aufführungen haben das Thatsächliche der Zeitungsgerichte über die russischen Truppenkonzentrationen an der besarabischen-moldauischen Grenze auf ein sehr geringes Maß zurückgeführt. Die Grenze, besonders die Uebergänge über den Pruth, werden von den russischen Behörden scharf bewacht, lediglich um die im südlichen Rußland notorisch bestehende Slavophilen-Agitation an weiterer Verbreitung nach Rumänien und Bulgarien zu verhindern. Zu diesem Zweck sind einige Jägerkompagnien näher an die Grenze herangezogen.

**Wien, 29. Febr.** Eine Wiener Korrespondenz der „Allg. Ztg.“, welche die Stellung der österreichischen Regierung zu dem „Hiesiger Hof“ bespricht, läßt in ihre im Ganzen wohlwollende Erörterung zwei Thatsachen einfließen, die sie als einigermassen gravirend für diese Regierung erachtet: den fortgesetzten Verkehr mit dem Grafen Platen als dem auswärtigen Minister des Königs Georg und die fortgesetzte Anerkennung der neueren Verleihungen hannoverscher Orden. Erlauben Sie mir, auf Grund spezieller Information, darüber Folgendes zu bemerken. Die erste Thatsache ist einfach ungenau: es tragen vielmehr alle diesseitigen Mittheilungen an den ehemaligen Minister des Auswärtigen, schon seit dem Schluß des Jahres 1866 bloß die Adresse: „Sr. Excellenz dem Hrn. Grafen v. Platen in Hiesing“. In Bezug auf die zweite Thatsache aber liegt, ebenfalls aus dem Schluß des Jahres 1866, allerdings ein förmlicher Ministerrathsbeschuß vor, wernach die von österreichischen Unterthanen nachgesuchte Bewilligung zur Annahme der von irgend einem der depossedirten Fürsten — der deutschen wie der italienischen — verliehenen Orden ohne Weiteres zu ertheilen ist, dagegen, um auch nach der andern Seite hin nicht zu verlegen, die amtliche Publikation derselben zu unterbleiben hat.

**Wien, 1. März.** Der Held von Lissa, Vizeadmiral Tegelhoff, ist so eben als „Marine-Oberkommandant“ an die Spitze der Marine gestellt. Der Erzherzog Leopold, der bisher diese Stellung bekleidete, bleibt bloß Generalinspektor der Marine.

**Wien, 1. März.** Die „N. Fr. Presse“ meldet: Die Regierung beabsichtigt, den projektirten Verkauf der Staatsgüter auszuführen und darauf bezügliche Vorschläge beim Abgeordnetenhaus einzubringen. Der Kaufpreis soll 15 Millionen betragen. — Das Konsortium, welches 6 Millionen des neuen steuerfreien Anlehens übernommen, hat noch weitere 6 Millionen desselben gekauft.

**Wien, 1. März.** Die heutige „Debatte“ erfährt aus Konstantinopel von einer Zirkularbefehle der hohen Pforte, welche die Pazifikationsmission des Großvezirs nach Kreta bespricht und den unvollständigen Erfolg derselben beklagt, dessen Grund sie in der unausgesetzten Unterstützung des Aufstandes durch die Russen findet.

### Rumänien.

**Bukarest, 29. Febr.** Der Fürst sanktionirte das Pensionsgesetz. Der „Monitorial Off.“ berichtet über den Empfang der rumänischen Abgesandten in St. Petersburg. Der Kaiser versicherte dieselben seiner Freundschaft für den Fürsten Karl und seines Wohlwollens für das Land. — Mehrere preussische Standesherren unterbreiteten der Regierung das Projekt eines Eisenbahn-Reges für ganz Rumänien und suchten um die betreffende Konzession nach.

### Italien.

**Florenz, 29. Febr.** Der Bericht der von der Deputirtenkammer zur Berathung des Wahlsteuergesetzes niedergesetzten Kommission ist heute veröffentlicht worden. Der Gesetzentwurf enthält nach Amendirung der Kommission 39 Paragraphen. Die Wahlsteuer soll 2 Fr. für den Zentner von allen durch das Mahlen von Weizen und Reis erzeugten Produkten betragen, während die Steuer für alle andern Getreidearten, sowie für trockene Gemüse und Kastanien auf 1 Fr. per Zentner festgesetzt wird. Zu diesen Steuern soll

für das vom Ausland bezogene Mehl noch der Eingangszoll hinzutreten, während für den Export nach dem Ausland die erlegte Steuer abzüglich 10 Proz. zurückvergütet werden soll. Art. 28 des Gesetzentwurfs bestimmt, daß der Gesetzentwurf am 1. Jan. 1869 in Kraft treten solle. Von demselben Termin ab sollen die Bestimmungen des Art. 5 des Dekrets vom Juni 1866 auch auf diejenigen Rententitel angewendet werden, welche aus Obligationen der öffentlichen Staatsschuld entspringen.

**Florenz, 29. Febr.** Hier eingetroffene Briefe aus Rom melden, daß die italienischen Generale, welche die an den Grenzdistricten stehenden Truppen kommandiren, bei den päpstlichen Behörden die Wiederherstellung der im vorigen Jahr abgeschlossenen Konvention beantragt haben, laut welcher es kleineren Abtheilungen sowohl der päpstlichen wie der italienischen Truppen gestattet war, behufs wirksamer Verfolgung der Briganten die Grenze bis zu einem gewissen Punkt zu überschreiten. Die päpstliche Regierung soll jedoch nur wenig geneigt sein, die Konvention wieder in Kraft treten zu lassen. — Das italienische Mittelmeer-Geschwader ist in Syrakus angekommen. — Marquis Migliorati, zum italienischen Gesandten für Bayern ernannt, ist heute nach München abgereist.

**Rom, 25. Febr.** Man schreibt der „Korr. Havas“, daß eine Ministerkrise unmittelbar bevorstehe. Der Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten habe seine Entlassung eingereicht, und der Papst habe dieselbe angenommen. Auch der Generalkanzler, der Waffenminister, soll die seinige angeboten haben. Wie es heißt, hat der Papst dem General kürzlich lebhaftes Vorwürfe gemacht. „Von allen Seiten, General — hätte der heil. Vater gesagt — laufen Klagen gegen Sie ein. Sie haben sehr Unrecht, so gering-schätzig das einheimische Element, dessen wir so sehr bedürftig sind, zu behandeln.“ Graf Philipp Antonelli, Bruder des Staatssekretärs, gegenwärtig Gouverneur der römischen Bank, soll das Portefeuille des Handels und der öffentlichen Arbeiten erhalten. Am vergangenen Donnerstag hat der Papst alle Fastenprediger dieses Jahres um sich versammelt und ihnen Christus als Muster der freiwilligen Armut aufgestellt, die eine der Haupttugenden des weltlichen wie klösterlichen Klerus sein soll. In neuester Zeit aber zeigen viele Beispiele, daß es in der Praxis nicht ganz so ist, wie der Papst es anempfiehlt. Fortwährend laufen Gesuche von Klostergeistlichen ein, die von dem Gelübde der Armut entbunden sein wollen, um ihr gepartees Geld in Staatspapieren oder Grundbesitz anzulegen. Der heil. Vater genehmigt viele dieser Gesuche, häufig jedoch mit erstem Tadel gegen diese unevangelische Tendenz. Auch die Weltgeistlichkeit zeigt sich in neuerer Zeit dem Reichthum und den Genüssen des modernen Luxus zugänglicher. Auch in dieser letzten Rede sprach der heil. Vater die Ueberzeugung aus, daß Rom nichts zu fürchten habe. Italien werde allmählig aus Rand und Band gehen; Rom werde viel leiden, aber zusammenhalten. — Vor drei Wochen etwa eruchte Graf Pianciani, der zu der päpstlichen Nobelgarde gehört, den heil. Vater, seinem Bruder, dem Garibaldischen Oberst Pianciani, einen kurzen Besuch in Rom zu gestatten, da ihre Mutter schwer krank sei und den abwesenden Sohn zum letzten Mal sehen wolle. Der Papst schien sehr erzuert über dies Gesuch und schlug es kurzweg ab. Die alte Gräfin ist inzwischen gestorben und vermacht, wie dies bei dem römischen Adel Sitte ist, dem Papst ein Andenken. Es war ein Papierbeschwerer von großem Werth; der Papst nahm ihn aber nicht an. Gräfin Pianciani war eine geborne Prinzessin Ruspoli und die Tante der Prinzessin Christine Bonaparte. — Eine französische Schauspielergesellschaft hat dieser Tage in einer auf dem Plage Kawone aufgeschlagenen Zirkelbude — die „Großherzogin von Gerolstein“ mit dem riesigsten Erfolg aufgeführt. Die Diplomaten, die römische Aristokratie, alle hohen Beamten und Offiziere strömen herbei, so daß die Bude schon am zweiten Tage zu klein war. Der Cancian, den General Bum in der Offenbach'schen Operette tanzt, wird jedesmal unter stürmischem Beifall da capo verlangt. Die Zensur, die so streng gegen italienische Stücke ist, hat gegen dieses französische Machwerk nichts einzuwenden gehabt.

**Rom, 26. Febr.** Man schreibt der „Korr. Havas“: „Wenn einmal die auf die Uebertragung der päpstlichen Schuld bezügliche Frage gelöst sein wird, darf man wohl, wenn auch noch auf kein herzliches Einverständnis, so aber doch auf den Anfang einer Annäherung zwischen der italienischen Regierung und dem heil. Stuhl rechnen. Dieser Modus vivendi ist der Gegenstand der Wünsche der aufrichtigsten Freunde Italiens und des Papstes. So großen Widerwillen übrigens auch die römische Bevölkerung gegen die gewaltthätigen Emanzipationsmittel verspürt, die man im letzten Oktober gegen sie in Anwendung bringen wollte, eben so sehr wünscht sie auch, wie dies in der Natur der Sache liegt, eine möglichst vollkommene Ausgleichung zwischen den beiden Nachbarstaaten, die beide ein gleich großes Interesse an einem einträchtigen Nebereinanderleben haben müssen. Die Beziehungen zwischen den Vorkriegs- und den beiden Armeen kehren so ziemlich wieder auf den alten Fuß zurück. So kam am 24. eine italienische Abtheilung über die Grenze, nahe bei Arso, um eine Anzahl Briganten zu verfolgen. Die Päpstlichen manövrierten der Art, um den Italienern die Operation zu erleichtern. Die Letzteren zogen sich zurück, nachdem sie einen der Briganten getödtet und verschiedene Gefangene gemacht hatten. Man weiß, daß vergangenes Jahr zwischen einem italienischen und einem päpstlichen General eine nicht gar schmale Zone auf beiden Seiten der Grenzlinie abgesteckt wurde, innerhalb welcher bei Verfolgung von Briganten sich die Truppen beider Staaten frei bewegen durften. Gerade jetzt treiben sich auf der Grenze zahlreiche Uebelthäter und durch die Ereignisse von 1867 kompromittirte Individuen umher, die wohl einer etwaigen spätern Invasion sich anschließen würden. Es haben nun italienische Offiziere den Vorschlag gemacht, eben um die Sicherheit der Grenze wieder herzustellen, die frühere Konvention wieder herzustellen und in strenge Anwendung zu bringen.“

gen. Man sieht der Antwort aus Rom entgegen. — Das Bataillon der ausländischen Scharfschützen hat am 25. einen Zuwachs von 71 freiwilligen Rekruten erhalten. Dagegen sind aber 4 oder 5 ihrer Leute und 4 von der Antibes-Regiment desertirt.

### Frankreich.

**Paris, 29. Febr.** Die „Patrie“ erwähnt das Gerücht, daß Prinz Napoleon sich in einer politischen Mission nach Berlin begeben. Sie glaubt in bestimmter Weise versichern zu können, daß der Prinz, der von dem Kaiser die Ermächtigung zu einer Reise ins Ausland erhalten habe, mit keinerlei Mission betraut sei. In Anbetracht der engen Verwandtschaftsbande mit dem württembergischen Königshaus werde Prinz Napoleon, wie die „Patrie“ glaubt, einige Tage an dem Hof von Stuttgart zubringen. Nach dem „Constitutionnel“ wird sich die Abwesenheit des Prinzen auf einige Wochen erstrecken.

Die Prüfung des Budgets soll, nach der „Patrie“, im Staatsrath ziemlich vorgeordnet sein. Die Finanzgesetzentwürfe soll noch im Lauf der nächsten Woche dem Gesetzgeb. Körper zugehen und der auf das Anlehen bezügliche Gesetzentwurf gleichzeitig vorgelegt werden. Die Regierung wird wahrscheinlich, ohne die allgemeine Diskussion über das Budget abzuwarten, das Anlehen sofort zur Verhandlung bringen.

Zur Kriegsministerien arbeitet man ununterbrochen an der Organisation der mobilen Nationalgarde. In der Hauptstadt jedes Departements wird ein nicht zu den regelmäßigen Cadres gehöriger Stabshauptmann seinen Sitz nehmen, und sich, unter den Befehlen des die Unterdivision kommandirenden Generals, mit dem Verwaltungs- und Rechnungswesen der mobilen Nationalgarde zu beschäftigen haben.

Die „France“ erklärt die Nachricht einer nach Petersburg abgegangenen französischen Note als vollkommen unbegründet. Es habe überhaupt zwischen den Unterzeichnern des Pariser Vertrags von 1856 kein weiterer Austausch, als der durch die gewöhnlichen Beziehungen bedingte, von diplomatischen Mittheilungen stattgefunden. — Rente 69 1/2, Cred. mob. 230, ital. Anl. 45.50.

**Paris, 1. März.** Der „Moniteur“ veröffentlicht das Promulgationsdekret der am 22. Januar zwischen Frankreich und den Niederlanden abgeschlossenen Postkonvention. Frankreich Briefe bis zum Gewicht von 10 Gramm, von Frankreich und Algerien nach den Niederlanden und umgekehrt kosten von jetzt an 40, unfrankirte von den Niederlanden nach Frankreich und Algerien 60 und umgekehrt 30 Centimes. — Der „Moniteur“ theilt den telegraphisch übermittelten Wortlaut der Schlussrede des Königs von Preußen mit, und macht auf deren friedlichen und verständlichen Charakter aufmerksam, namentlich auf die Schlussstelle, in der König Wilhelm sich zu dem guten Beziehungen, welche zwischen seiner Regierung und den fremden Mächten bestehen, Glück wünscht.

**Paris, 1. März.** Das „Pays“ vom 28. v. M. enthält folgende Note:

Das Ehrengericht erklärt, keinen Beweis, keinen Verdacht gefunden zu haben, die der Art sind, den in dem von dem Blatt „La Finance“ veröffentlichten Schreiben enthaltenen Behauptungen, welche Hr. v. Kervéguen auf die Exilins brachte, Glauben beizulegen zu können. Wir werfen uns nicht zum Richter der Beweggründe auf, welche die Ueberzeugungen und den Spruch des Ehrengerichts bestimmt haben; wir erklären aber, daß Altentände existiren, welche die öffentliche Meinung über die Beziehungen aufklären können, welche zwischen einem Theil der französischen Presse und den fremden Regierungen bestanden haben. Die Altentände, welche von fremden Ministern unterzeichnet sind und Geld- und Ordensbefehle anklagen, befinden sich in unsern Händen. Wenn die in diesen Altentänden genannten Blätter, d. h. wenn das „Siecle“, die „Opinion“, die „Debatte“, die „Liberte“, das „Avenir nation.“, die „Revue des deux Mondes“ sich förmlich verpflichten, uns nicht bei Gelegenheit der Veröffentlichung dieser, alle dem famosen sechsten Palet der Nachlassenschaft La Varennes entnommenen Altentände zu nahe zu treten, so werden wir dieselben sofort veröffentlichen. Wir erwarten die Antwort dieser Blätter.

So weit das „Pays“. Bis jetzt hat von den verdächtigsten Blättern einzig das „Journ. des Deb.“ dem „Pays“ eine Antwort gegeben. Der Direktor des Blattes, Hr. Eudard Verlin, hat dem „Pays“ folgendes Schreiben zugehen lassen, worin es heißt:

„Sie sagen, daß Sie diese Schriftstücke veröffentlichen werden, wenn wir uns verpflichten, Sie wegen Ehrenwahrung nicht zu verfolgen, wozu uns die Thatsache allein der Veröffentlichung gesetzlich berechtigt. Es versteht sich von selbst, daß wir unmöglich eine solche Verpflichtung übernehmen können, ohne die Beschaffenheit dieser Schriftstücke zu kennen, und uns selber von deren Echtheit überzeugen zu haben. Im Fall diese Echtheit uns nachgewiesen wird, sind wir gern bereit, von unserm Recht keinen Gebrauch zu machen, da wir klare und bestimmte Behauptungen den Anschuldigungen vorzuziehen, die, je unbestimmter sie sind, desto größeren Schaden anrichten. Im entgegengelegten Fall behalten wir uns vollkommen freies Handeln vor.“

**Paris, 1. März.** Die „Patrie“ und der „Grenard“ demontiren die in auswärtigen Blättern enthaltenen Berichte über Aufregung und Verhaftungen aus Anlaß der Vorgänge vom 24. Febr. — Die „France“ sagt: Gestern hatte Baron Dubberg eine lange Unterredung mit Marquis Montier. Dasselbe Blatt versichert aus guter Quelle, daß seit seiner Ankunft Baron Dubberg in seinen Unterhaltungen mit mehreren politischen Persönlichkeiten in sehr energischer Weise die Aufrichtigkeit der friedlichen Bestimmungen der russischen Regierung und ihren festen Entschluß bezeugt hat, sich nicht von den andern Kabinetten in dem das Schicksal der Christen im Orient betreffenden Fragen zu trennen.

### Spanien.

**Madrid, 28. Febr.** Die Dep. schen der Behörden von Granada, welche Marschall Narva es den Cortes mitgetheilt hat, enthalten folgendes Näheres über die neuesten Vorgänge in dieser Stadt. Die Empörer verlangten Herabsetzung des Broddpreises. Die Munizipalhunta ging auf dieses Verlangen ein. Demungeachtet kamen am folgenden Tag wieder neue



Gruppen von unverkennbar feindseliger Haltung zum Vorschein. Die Truppen erhielten Befehl, sie anzugreifen und verminderten etwa 20 Individuen. Gegenwärtig ist die Ordnung wieder hergestellt. Die Militärbehörde hat den Bezirk in Belagerungszustand erklärt. Immerhin hat die Regierung angeordnet, daß diese Maßregel, sobald die Ruhe wieder gesichert sein wird, unverzüglich zurückgezogen werden soll. Zu gleicher Zeit hat sie befohlen, daß das Gezeig gegen die Räubersführer in seiner vollen Strenge angewendet werden soll. Man wird große Arbeitsstätten eröffnen, um die Nothleidenden zu beschäftigen. — Hr. Bertelli, der Generaldirektor des Ministeriums des Innern, hat seine Entlassung angeboten und erhalten.

### Niederlande.

**Haag, 28. Febr.** Aus Deputirtenreisen wird gemeldet, daß die Ermächtigung nachgefordert hat, das Ministerium in Betreff der letzten Kammerauflösung interpellieren zu dürfen.

**Haag, 29. Febr.** Die Abgeordnete kammer erklärte heute förmliche Wahlen für gültig. Die Interpellation Thorbecke's über die letzte Auflösung der Kammer kommt am nächsten Montag zur Verhandlung.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 29. Febr.** Die Zollkommission hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Zoll auf Leinwand und Hanfgarn auf 4 Rubel zu erhöhen. Die Zollkommission dürfte ihre Arbeiten am 13. März beendigt haben.

### Lebantenpost.

**Athen, 22. Febr.** Der russische und der französische Gesandte haben sich bereit erklärt, die Bitte des kretischen Komitee's um Veranstaltung von Sammlungen in den größeren europäischen Städten zu Gunsten der Kandidaten ihren Regierungen zu übermitteln. Der britische Gesandte lehnte dies Ansuchen ab. Die Nachricht, die griechische Regierung habe Auftrag zur Anfertigung von 10,000 Chassepot-Gewehren gegeben, wird für unbegründet erklärt.

**Athen, 22. Febr.** Die russischen Schiffe haben aufgehört, die kretischen Familien zu transportieren, während die griechischen Schiffe ihre Fahrten fortsetzen. In Kreta fielen in Folge von Hunger und Frost viele Todesfälle vor. Es herrscht daselbst ein sehr strenger Winter.

**Konstantinopel, 1. März.** Ruschdi-Pascha (türkischer Kriegsminister) ist entlassen und wird durch den bisherigen Gouverneur von Bagdad, Namik-Pascha, ersetzt werden. Bis zur Ankunft des Letzteren übernimmt Omer Pascha das Kriegsdepartement.

### Großbritannien.

**London, 29. Febr.** Parlamentsverhandlungen vom 28. Febr.

Beide Häuser des Parlaments haben sich, wie vorausgesehen, auf Ansuchen der Regierung bis zum 5. März vertagt, das Oberhaus ohne weitere Bemerkung auf Antrag des Herzogs von Richmond, der das Ministerium vertritt. Im Unterhaus, dem wieder eine Masse Petitionen behufs Beschränkung des Verkaufs geistiger Getränke am Sonntag zugegangen waren, theilt Lord Stanley mit, daß er im Namen des noch bei der Königin in Osborne befindlichen neuen Premiers das Haus mit Beteuern um eine fernere Vertagung bis zum 5. bitten müsse. Früher sei es ihm unmöglich, die nötigen Arrangements getroffen zu haben, und hoffentlich werde das Haus die Frist nicht ungebührlich lang finden. Der edle Lord theilt gleichzeitig mit, daß das Ministerium am 5. einen möglichst frühen Tag für die irische Debatte feststellen werde. Gladstone will gegen die Vertagung keine Einwendungen erheben, da der neuen Regierung Zeit gelassen werden müsse, ihre zukünftige Politik, zumal Irland gegenüber, festzustellen. Nach Erledigung einiger unwesentlichen Geschäfte werde die Sitzung geschlossen.

**London, 1. März.** Das Parlamentsmitglied Booth, bisher Sekretär des Armeegespens-Kollegiums, folgt Hunt im Amt eines Schatzkammersekretärs.

**London, 1. März.** Die Vereidigung der Minister hat stattgefunden. — Aus Ligo (Irland) wird berichtet, daß die Projektverhandlungen gegen den amerikanischen Feind Nagle vertagt werden mußten, weil ein Theil der für den Ausländer verlangten gemischten Jury nicht erschienen war. Die Ämtern und Ausgeschiedenen waren preussische Matrosen. In der Havana herrscht die Cholera in solchem Maße, daß man täglich 350 Tote zählt.

**London, 29. Febr.** Die „Times“ veröffentlicht folgenden, von ihrem Korrespondenten in Abessinien am 12. d. abgehandelt (Abendungsort nicht angegeben) Telegramm, welches am 24. Born. von Alexandrien weiter befördert wurde: „König Theodor hat sämtliche Gefangenen in Wagdala untergebracht (placé). Der britische Vortrab steht 2 Tagesmärsche vor Antalao. Die Bevölkerung von Tigre ist sehr freundlich gestimmt.“

### Athen.

Ueber die letzten Vorgänge in Japan bringt uns ein in der „Times“ veröffentlichter Brief mit dem Datum des 5. Januar einiges Nähere. Diesem Schreiben zufolge war die Zulassung von Ausländern in das Land der erste Anlaß zur Bildung von Koterien, an deren Spitze sich die mächtigsten unter den Fürsten (Daimios) setzten. Zuerst traten die Antriebe dieser Verbindungen nicht so sehr hervor und es wurde nur als auffallend bemerkt, daß die ursprünglichen Unterzeichner des Vertrages nach und nach alle ermordet wurden oder verschwanden. Noch war die Macht des Taikun unerschüttert, alle Staatsangelegenheiten mit dem Ausland wurden von ihm unabhängig entschieden und überhaupt nur mit ihm verhandelt. Der Mikado, der eigentliche Oberherrscher des Landes, lebte in steter in stiller Zurückgezogenheit, und seine Existenz war — so behauptet dieser Korrespondent — den fremden Mächten fast unbekannt. Von ihm aber ging der Anstoß zu den folgenden Kämpfen aus. Wohl auf Anraten der Daimios sandte er dem Taikun den Befehl zur Vertreibung

der Fremden zu. Dem Taikun aber schien die Sache nicht gerathen, und er sandte den Befehl weiter an die Daimios, die ihrerseits wahrscheinlich aus Respekt vor den überlegenen Waffen der Europäer dem Ruf nicht gehorchten. Nur Einer schickte sich an, das Gebot zu vollziehen. Er wehrte den Allirten den Eingang in den See von Simonsaki und zog dabei den Kürzern. Der Taikun ließ ihn im Stich und schwur, Gschinn habe ohne seinen Befehl gehandelt. Gegenwärtig Berwüthe folgten, und es dauerte nur wenige Monate, so stand Gschinn gegen den Taikun in Waffen. Bald schloß sich ihm eine Reihe der übrigen Daimios an, beide Parteien kaufteten Waffen und Kriegsvorräthe im Ausland, aber der Krieg zog sich in die Länge, bis die Injurigen den Taikun formell absetzten und das Programm „Regierung des Mikado“ unterstüht von 15 unabhängigen Daimios“ auf ihre Fahnen schrieben. Für den Taikun ist nach Ansicht des Korrespondenten wenig Aussicht auf Erfolg. Seine Anhänger sind theils dem Mikado ergeben, theils von demselben erkauft, und rühren sich nicht. Noch bei Abgang des Briefes lagen zwei Kriegsdampfer des Taikun auf 600 Schritte unbeweglich 15 seinen Feinden gehörigen Schiffen gegenüber. Für den Handel mit dem Ausland erwartet man aus der neuen Lage der Dinge eher günstige als ungünstige Veränderungen, indem die Hauptklage gegen den Taikun eine Monopolisirung des auswärtigen Handels in seinen eigenen Häfen war und jetzt wahrscheinlich noch mehrere andere eröffnet werden.

### Baden.

(M) Karlsruhe, 1. März. Im Sitzungssaal des Gemeinderaths erschienen gestern, von den Gemeindegliedern eingeladen, der Verwaltungsrath und die Chargirten des hiesigen freiwilligen Feuerwehrcorps, sowie die Feuerwehrmänner Wilhelm Bayer, Blechnernmeister, Wilhelm Hed, Kasper, Karl Klingler, Sattlermeister, und Leopold Schell, Schriftfeger. Diese 4 Gemeindeglieder hatten heute ihre 20jährige Dienstzeit als Feuerwehrmänner tadellos zurückgelegt, und Hr. Oberbürgermeister Wallach überreichte ihnen Namens der Stadtgemeinde Karlsruhe zum Dank dafür die silberne Gedächtnismedaille und Uebergabsurkunde nach einer schönen Ansprache, welcher eine weitere des Hrn. Kommandanten der Feuerwehr, Gemeindevorsteher Bölling, folgte. Die Medaille wird seit vorigem Jahr jedem Feuerwehmann als Zeichen der Anerkennung für seine Osterwilligkeit nach vollendetem 20jährigen Dienstjahr verliehen.

Von der Tauber, 28. Febr. (Wamb. Z.) Wegen verübter Erzeße während der Wahlen zum Zollparlament sind in 4 Gemeinden des Wahlkreises Prozesse anhängig gemacht. — Festen hat die Geistlichkeit der ganzen Gegend in Mosbach eine Zusammenkunft gehabt. Wahrscheinlich wurden Beschlüsse gefaßt, wie bei der nächsten Wahl vorzugehen sei. Wie man hört, wird entweder Kandlar oder Biffing (Sohn) in unserm Wahlkreis von den Ultramontanen aufgestellt werden.

# Ettenheim, 27. Febr. An die Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Gihrey wurde heute Kaufmann Karl Kollstrath zum Vorsteher der hiesigen politischen Gemeinde mit 40 Stimmen gewählt; die übrigen Stimmen zerplitterten sich völlig. Der Gewählte ist ein entschiedener Anhänger der national-liberalen Partei.

△ Aus dem Kreis Lörrach, 1. März. Heute hat die Jünger signalisirte Versammlung zu Schopfheim stattgefunden; sie wurde von Hrn. Fabrikant Euler — als Vorstand des dortigen Wahlausschusses — geleitet. Hr. v. Roggenbach war zu derselben gekommen und ergriff wiederholt das Wort, um zunächst seinen Dank für das ihm geschenkte Vertrauen auszusprechen, und um die Kandidatur des Hrn. Abg. Hedding mit allem Nachdruck zu befürworten, um so mehr, als die heiligen Wächtern vaterländischer Verfassung eine allseitige Theilnahme an dieser Wahl gebieten. Sodann hob er hervor, daß, wenn auch zunächst die Wahrung der materiellen Interessen des gesammten Volkes als eine Hauptaufgabe des Zollparlaments erscheine, die möglicher Weise hohe politische Bedeutung dieses einzelnen Antritts nicht verkannt werden dürfe, und eben darum die Wahl eines geeigneten Vertreters von größter Wichtigkeit sei. Die Versammlung hatte sich, wie wir kaum hinzufügen dürfen, eines zahlreichen Besuches von nah und fern zu erfreuen.

4 Donaueschingen, 29. Febr. Von Karlsruhe aus traf an die hiesigen Eisenbahn-Inspektionen die Weisung ein, die Arbeiten so zu fördern, daß die Hochbauten bis 1. Mai d. J. bezogen und die Bahn befahren werden kann. Die Februartage waren aber dem Bau so günstig, daß nach Berücksichtigung der Affordanten die Arbeiten bis hierher schon Ende März beendet sein können. Demnach wird das Trottoir vor dem provisorischen Bahnhof dahier hergerichtet und die Schienenlegung vorbereitet.

### Vermischte Nachrichten.

— München, 28. Febr. Sr. Maj. der König hat durch allehöchste Entschliessung vom 2. d. die Einführung leichter Oberhelme für die Offiziere und Mannschaften der Infanterie genehmigt. Der neue Helm ist schwarz lackirt, die messingenen Beschlagtheile sind mit Goldstirn (Wienersirn) überzogen. Das Abnehmen der Garnituren ist auf das dringende Bedürfnis zu beschränkt. Der Helm der Offiziere hat dieselbe Form und Dimensionen wie jener der Unteroffiziere und Soldaten; er ist ebenfalls schwarz lackirt, die Beschlagtheile aber vergoldet. Den Offizieren ist das Tragen ihrer bisherigen Helme noch bis 1. Jan. 1870 gestattet.

— Ehrenbreitstein, 29. Febr. Nachdem man seit 4 Monaten mit Räumung der Kugel- und Kanonenlager der am Fuß des Ehrenbreitsteins gelegenen Festanlagen beschäftigt war, werden die Bauten für die rheinische Eisenbahn Anfangs März in Angriff genommen werden.

— Köln, 28. Febr. Man schreibt dem „Frankf. Journ.“ Die Pferdebekäufe für französische Rechnung nehmen ihren Fortgang und waren in jüngster Zeit in Solstein, Oldenburg und Hannover sehr bedeutend. Ein Theil dieser Pferde kam vor einigen Tagen durch Köln und wurde per Eisenbahn weiter befördert.

— Berlin, 27. Febr. In diesen Tagen ist, wie das „Mil. Beob.“ meldet, von Sr. Maj. dem König einer Verordnung über Organisation eines Sanitätskorps die allerhöchste Genehmigung erteilt worden. Bekanntlich war auf Anregung Ihrer Maj. der Königin im März d. J. eine Kommission von Militärärzten und anderen bedeutenden medizinischen Autoritäten hieher zusammenberufen, welche den Auftrag erhielten, über die auf dem gesammten Gebiet des Militär-

Sanitätswesens wünschenswerthen Veränderungen sich auszusprechen. Einer speziellen Würdigung in diesen Verhandlungen wurde die Ergänzung des ärztlichen Personals, für Krieg und Frieden, unterzogen und dadurch für das Kriegsministerium das willkommene Resultat erzielt, neben die vorliegenden Reformprojekte die Ansichten und Wünsche jener Sachkommission stellen zu können; es ergab sich im Uebrigen zwischen der vom Kriegsministerium für die Reform angenommenen Grundlage und den Anschauungen der Kommission im großen Ganzen erfreuliche Uebereinstimmung. Im Speziellen heben wir Nachstehendes als den wesentlichen Inhalt der betr. a. h. Berordnung hervor. Sämmtliche Ärzte der Armee und Marine bilden ein Sanitätskorps, welches sich in der Regel aus den Böglingen der militärärztlichen Bildungsanstalten und denjenigen Medizinern ergängt, die mit der Absicht eintreten, auf Beförderung im Sanitätskorps zu dienen. Sobald diese jungen Leute ihre Qualifikation dargestellt haben, erfolgt die Wahl zum Assistenzarzt durch die Militärärzte der Division. Die Rangverhältnisse der Mitglieder des Sanitätskorps sind theilweise verbessert und in Einklang gebracht mit den gleichfalls erhöhten Gehaltskompetenzen, welche ihnen seit dem 1. Jan. c. gewährt worden. Der militärärztliche Rang verleiht ihnen die Rechte der Personen des Soldatenstandes, einem Theil der obern Aertze eine Disziplinargewalt, allen zur persönlichen Aufwartung Burschen, den Cerwis, die militärärztlichen Ehrenbezeichnungen, die Dienstauszeichnungen, die Uniformabzeichen dieser Kategorie von Militärpersonen, die Theilnahme an den Unterstützungsfonds der Truppenteile, die Berechtigung zur unentgeltlichen Behandlung im Lazareth, mit einem in Wort alle diejenigen Gerechtsame, welche dem Offizier zugehören sind.

— Wien, 27. Febr. (Fr. Z.) In den letzten Tagen des Faschings haben die Kirchenfürsten das katholische Oesterreich mit einem wahren Blutzregen hirtendriesslicher Ergüsse überschüttet; durch diese blutigen geistlichen Beredsamkeit hat sich jedoch Prinz Karneval nicht in seiner Heiterkeit hören lassen. In idyllischer Tonart wohnt der Oberhirt von R. d. r. z. r. k. g. seine „geliebten Schäflein“ vor den Sturmwojen, die von der Macht der Hölle gegen das Schäflein Petri aufgewühlt werden. Der Bischof von Linz zieht abermals gegen die „lästige Tagespresse“ los und erklärt, daß die vom Abgeordnetenhaus zugelassene Noth-Billie eben so wenig berechtigt sei, als ein Nothverbrechen. (1) Der Bischof von Trient donnert gegen die „Freimaurer“, jenen Geheimbund, den die Kirche verdammt und mit der schwersten Strafen belegt. Demnach wird wahrscheinlich im Lande der Glaubenseinheit Jeder, der sich nicht demuthsvoll vor dem Krummstab beugt, für einen Freimaurer erklärt werden. Bemerkenswerth ist, daß auch der Bischof von Breslau, Dr. Förster, dessen geistliche Oberherrlichkeit sich auf österreichisches Gebiet erstreckt, neuerdings für das Konkorbat in die Schranken getreten ist; er nennt es einen „unbilligen Vertrag“. (2)

In Sachen des Erzherzogs Feinlich wird nachträglich mitgetheilt, daß ihm der Kaiser nach der Strenge der Hausgesetze wegen unerbauter Vermählung die Anagnie entzogen hat. Die gegen den Willen des Chefs des kaiserlichen Hauses eingegangene Ehe ist rechtlich ungültig; ihre kirchliche Gültigkeit jedoch soll nicht zu bestreiten sein. Der kaiserliche Kreiskommissär in Bozen wurde aufgefordert, über die Verhältnisse bei der Krönung Bericht zu erstatten; gegen den Notar und den Geistlichen, welche bei derselben fungirten, soll eine Unterstufung eingeleitet sein.

Der Pariser „Moniteur“ erfährt aus China, daß Prinz King den Vertretern der auswärtigen Mächte eine Mittheilung in Bezug auf die dem Hrn. Burlingame für Europa ertheilte Mission hat zugehen lassen. Hr. Burlingame, der bekanntlich früher Gesandter der Vereinigten Staaten in Peking war, hat diesen Posten niedergelegt und ist in den chinesischen Staatsdienst eingetreten. Er wird von zwei Sekretären europ. Abkunft, Hrn. Brown, einem Engländer, und Hrn. de Champ, einem Franzosen, begleitet werden.

### Hilfsverein zur Unterstützung der Nothleidenden in Oesterreich.

15. Veröffentlichung.

Seit unserer letzten Veröffentlichung sind wieder eingegangen: Durch das Comptoir des Tagblatts: Von der Gemeinde Krieglitz 27 fl. 5 kr. C. G. von einer Gesellschaft „Erlös von Pariser Karöffeln“ 2 fl. 24 kr., von der Gemeinde Krieglitz nachträglich 30 fr., von Hammer 2 fl., zusammen 31 fl. 59 kr. Durch Ed. Kelle: Vom Comptoir der „Warte“ 100 fl. Durch Dr. Schneider in Oberkirch nachträglich von Bezirksrath Jüll in Ringelbach 2 fl. Durch Jos. Lang in Tauberbischofsheim, gesammelt bei dem Blatt „Die Tauber“ 31 fl. 38 kr. Durch Kaspar Müller in Mosbach, Sammlung des „Obernwälder Boten“, 130 fl. 35 kr. Sammlung durch die Redaktion des Högauer Erzählers in Engen 57 fl. 12 kr. Durch Stadtpfarrer Bittel aus dem Kirchenopfer vom 23. Febr. 30 fr., zusammen 371 fl. 55 kr. Im Ganzen 403 fl. 54 kr., wovon 200 fl. hierzu kommen laut unserer Veröffentlichung vom 22. d. Mts. 835 fl. 35 kr., sind also bis heute eingegangen zusammen 876 fl. 29 kr.

Am 28. d. Mts. haben wir abgehandelt: 1200 Ebr. in Kassenstücken an H. Zwider, Firma Gebr. Schidler in Berlin, Schatzmeister des Hilfsvereins für Oesterreich; 100 Ebr. bezgl. an Barner Stengel an Babieren per Darlehen für die Kinderbesuchsanstalt des Kreisraths Babieren; 100 Ebr. bezgl. an das südbische Zentral-Unterstützungskomitee für Oesterreich in Schippenbeil; zusammen 1400 Ebr. oder 2450 fl. südbische Währung; hierzu unsere früheren Sendungen nach Berlin zusammen 5950 fl.; laut unserer Veröffentlichung vom 10. Febr. sind also bis heute zusammen 8400 fl. für die Nothleidenden in Oesterreich abgeliefert worden.

Hr. Gemeinderath B. Schweig empfing durch das Comptoir der „Warte“ von B. B. 4 Henden, welche am 26. d. an den Hilfsverein in Berlin gesandt wurden. Weitere Beiträge nehmen die im Aufruf genannten Komiteemitglieder dankend entgegen. — Die badischen Blätter werden im Interesse der Sache um Aufnahme dieser Veröffentlichung ersucht. Karlsruhe, den 29. Februar 1868. Die Hauptkassa: Ed. Kelle.

Frankfurt, 2. März, 2 Uhr 38 Min. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 193, Staatsbahn-Aktien 262 1/2, National 56, Steuerfreie 50 1/2, 1860r. Loose 72 1/2, Oesterr. Valuta 102 1/2, Apr. 1868. Loose 98 1/2, Ameritaner 74 1/2, Gold —.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 3. März. 1. Quartal. 32. Abonnementsvorstellung. Jakob und seine Söhne; Oper in 3 Akten, von Mehul, Benjamin. — Fräul. Solwey zum ersten theatralischen Versuch. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch 4. März. Fra Diavolo; komische Oper in 3 Akten, von Auber. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.



31.130. Karlsruhe. Heute Nacht gegen 2 Uhr entschlief unser lieber Vater und Schwiegervater, Karl August Freiherr von Killinger,

in einem Alter von 65 Jahren, wovon wir entferntere Verwandte und Freunde mit der Bitte um stille Theilnahme benachrichtigen.

Karlsruhe, den 1. März 1868. Viktor von Killinger, Arthur von Killinger, Marie Wielandt, geb. v. Killinger, Friedrich Wielandt, Oberamtmann.

31.154. Karlsruhe. Allen Bekannten und Verwandten die betrübende Nachricht, daß Oberrevisor Oskar Schneider, 43 1/2 Jahre alt, gestern Abend 11 Uhr unerwartet schnell, nur 6 Monate nach seiner Gattin, in ein besseres Jenseits abgerufen wurde.

Im Namen der trauernden Verwandten bittet um Theilnahme der Brüder, Karlsruhe, den 2. März 1868, Dr. R. Schneider, Prof.

31.131. Ettlenheim. Entfernten Verwandten und Bekannten widmen wir hiermit die traurige Anzeige, daß unsere liebe Mutter, Euphrosina Mengis, geb. Herr, am 28. Februar ihren langjährigen Leiden erlegen ist.

Um stille Theilnahme bitten Die Hinterbliebenen. Montag den 9. März im großen Saale des Museums: Abschieds-Konzert

gegeben von Fel. Mathilde Cuenquist, unter gefälliger Mitwirkung von Frau Pohl, sowie der Herren Brandes, Kallmoss, Decht, Lindner und Wallbag.

Eintrittskarten zu 1 fl. für den Saal, zu 1 fl. 30 kr. für reservirte Plätze und zu 48 kr. auf die Gallerie sind zu haben in den Musikhandlungen von Dört und A. Frey.

31.753. Geschlechtskrankheiten, Schwächezustände etc. heilt gründlichst, brieflich und in f. Heilanstalt Dr. Rosenfeld, Berlin, Leipzigerstr. 111.

31.135. Eisenbahnstation Heidelberg. Alle Arten von Gräs, Klees, Pferdejahnmais, Saatweiden, Erbsen, großen Helleinsjen- und anderen Feldsamen ein gros billigt bei J. F. Schäfer.

31.135. Kanarienvögel, Holländer, reine Race, sind zu haben bei G. Thüringer, Barbara-Strasse 2 in Strassburg. 31.160.

31.100. Heidelberg. Anzeig. Mit einem großen Transport eleganter Reit- und Wagenfedern mecklenburger und englischer Race dahier eingetroffen zeigen wir hiermit an. Die Pferde sehen jeden Tag zur Musterung bereit. Heidelberg, den 28. Februar 1868. Wilhelm Wolf & Comp.

31.151. Nr. 775. Heidelberg. Vergebung von Hochbauarbeiten für die Odenwaldbahn.

Die Herstellung eines weiteren Dienstgebäudes auf dem Bahnhof zu Mosbach, sowie eines Bahnwartshauses bei Schweigen soll im Commissionswege in Afford vergeben werden.

Table with 2 columns: Dienstgebäude, Bauarbeiten. Rows include: 1) für die Maurerarbeit, 2) Steinbauarbeit, 3) Gipsarbeit, 4) Zimmerarbeit, 5) Schreinerarbeit, 6) Glaserarbeit, 7) Schlosserarbeit, 8) Schieferdeckerarbeit, 9) Anstreicherarbeit, 10) Klempnerarbeit, 11) Malerarbeit.

Pläne, Vorschläge und Affordbedingungen können täglich bei unterzeichneter Stelle - Bergheimerstrasse Nr. 47 - eingesehen werden.

Die Angebote sind nach Prozentsatz der Vorschlagssummen für die einzelnen Arbeiten zu stellen und längstens bis Samstag den 7. März l. J., Nachmittags 2 Uhr, mit genauer Bezeichnung der Arbeiten auf den Aufschüssen, versiegelt und portofrei dahier einzureichen, zu welcher Zeit auch die Commissionsöffnung stattfinden wird.

Heidelberg, den 28. Februar 1868. Großh. Eisenbahn-Inspektion. A. A.

31.157. Bei den Unterzeichneten erscheint nächstens: Das Wehrgesetz u. das Contingentsgesetz vom 12. Febr. d. J. nebst den dazu gehörigen Vollzugsverordnungen. Amtlich veranstaltete Handausgabe. Preis geb. 30 kr. Karlsruhe, den 2. März 1868. Malsch & Vogel.

Krankenheiler-Seife. Es gibt davon 3 Sorten: 1) Die Jodjodseife, als ausgezeichnete Toiletteseife und bewährtes Präservativmittel gegen Unreinlichkeit der Haut und alle Hautkrankheiten. 2) Die Jodjodschwefelseife, als unschätzbare und durchaus unschädliche Heilmittel gegen: alle Hautkrankheiten, Scropheln, Flechten, Drüsen, Krätze, Verhärtungen, Geschwüre (selbst bösartige und syphilitische), Schrunden, namentlich auch gegen Frostbeulen. 3) Die verfeinerte Quellschwefelseife, für veraltete, hartnäckige Fälle, in denen die Jodjodschwefelseife nicht stark genug wirken sollte. Diese Seife ist von so überraschender Heilkraft, daß sie nach den Attesten der angezeichneten Hospitalvorstände und vieler der berühmtesten Aerzte Deutschlands selbst in den hartnäckigsten Fällen, in denen andere Mittel erfolglos geblieben, noch vollständige Heilung bewirkt.

Krankenheiler-Mineralwasser, Jodjodsalz zu Bädern (2 bis 3 Unzen für ein Bad), Umschlägen etc. (eine Unze aufgelöst in 1/2 Pfund lauwarmen Wassers) erweisen sich in den obengenannten Krankheiten eines bedeutenden Rufes und stets zunehmenden Vertrauens. Zu beziehen durch: E. Glöck Sohn in Karlsruhe, J. Büchel in Mannheim, Kirner, Willmann u. Cie. in Heidelberg, Ant. Woy in Bruchsal, Ferd. Schütz in Offenburg, Baader u. Welter in Freiburg, und G. Delisle in Konstanz. Brunnen-Verwaltung Krankenhilf in Tölz (Oberbayern). 31.166.

31.94. Waldobrunn. Liegenchafts-Versteigerung. Aus der Verlassenschaft des ledigen und volljährigen Kaufmanns Benedikt Hart von hier werden der Erbschaft wegen am Samstag den 21. März d. J., Nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathhause folgende Liegenheiten einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt:

- 1) Ein vierstöckiges Wohnhaus mit Delonomiegebäude, an der Schattengasse, neben dem Hause des Müllers Grieber und dem neuen Schulhausplatz, taxirt 15000 fl.
2) 1 Morgen 31 Ruthen Reben im Singeln, neben Georg Stübli, Schwamnenwirth von hier, und Johann Dörflinger's Witwe von Eibach, tax. 600 fl.
3) 3 Morgen 3 Bg. 74 Ruthen Feld im Letten, das sog. Judschloch, tax. 800 fl.
4) 3 Bg. 37 Ruthen Feld auf Oberweien, neben Nebenhofwirth Bölle und Gerichtsvollzieher Schindler, tax. 700 fl.
5) 1 Morgen 70 Ruthen Feld im Siegfels, neben dem Stationenweg und Kaver Wagner, tax. 700 fl.

Am gleichen Tage um 3 Uhr Nachmittags: 6) 1 Magazin in der Rheingasse dahier, neben der Scheuer der Frau Sauter's Witwe und dem Hause des Hibel Metzberger und Kleinschmittmattler, taxirt 2000 fl. Waldobrunn, den 19. Februar 1868. Das Bürgermeisterrath. G. Straubhaar, vdt. J. Linz, Rathschr.

31.970. Nr. 609. Karlsruhe. Lieferungs-Vergebung. Die unterzeichnete Stelle hat nachgenannte Gegenstände auf dem Commissionswege in Lieferung zu vergeben.

Wasser- und Lieferungsbedingungen können von heute an auf die obige Bureau eingesehen werden, und es müssen die schriftlichen Angebote bis zum 10. März d. J., Morgens 9 Uhr, anver eingereicht sein.

- 1. Pelzwaaren. 300 Stück schwarze Pelzfüße für Reiterei und Artillerie.
2. Holzwaaren. 30 Stück 3/4 tannene Dielen, 50 2/4, 250 1 1/2, 500 1, 200 3/4, 100 1/2, 50 3/8.
3. Fellewaaren. 300 Pfund Reimöl, 350 Reimöl, 900 Unschlitt, 350 Seife.
4. Sonstige Materialien. 300 Pfund Stärke, 150 Leinwand, 90 Wermuth, 100 Pfeffer, gelbes, 250 Pfeffer, gelbes.
5. Kohlen. 300 Maß huchene Holzohlen. Karlsruhe, den 22. Februar 1868. Großherzogliche Zeughaus-Direktion.

31.122. Nr. 830. Ettlingen. Zwisch-Lieferung. In das diesseitige Hauptmagazin sollen mit Lieferungsfrist bis 1. August d. J., 17,000 Ellen weißer Zwilch, 32" breit, geliefert werden.

Die Commissionsfindet am Dienstag den 12. März d. J., Vorm. 10 Uhr, statt, und werden die einkommenden Commissionsen im Beisein der Commissionsen eröffnet.

Später einkommende Angebote und solche, die sich nicht auf das diesseitig aufgestellte Muster gründen, bleiben unberücksichtigt. Muster und Bedingungen liegen auf diesseitigem Geschäftszimmer bereit.

Genehmigung Großh. Kriegs-Ministeriums bleibt vorbehalten. Ettlingen, den 29. Februar 1868. Großh. Kontrirungs-Kommissariat.

31.863. Rastatt. Lieferung von Waschkübeln. Die Großh. Kontrirungsverwaltung dahier bedarf 700 Stück Waschkübel von Lannenholz, deren Lieferung im Commissionswege vergeben wird.

Diejenigen Liebhaber, welche diese Lieferung übernehmen wollen, haben ihre Angebote versiegelt, und mit der Aufschrift: 'Kübel-Lieferung' versehen, bis Freitag den 6. März d. J., Vormittags 11 Uhr, auf der Großh. Kontrirungsverwaltung, woselbst dieselben zur genannten Stunde in Gegenwart der Commissionsen eröffnet werden, abzugeben; später einkommende Angebote hingegen unberücksichtigt bleiben.

Die vollständigen Bedingungen, sowie der Wasser- und Lieferungsbedingungen können von heute an auf der unterzeichneten Stelle eingesehen werden. Rastatt, den 28. Februar 1868. Großh. Kontrirungsverwaltung. A. A.

31.546. Nr. 2388. Engen. (Aufforderung.) Markus Walch von Kirchen besitzt auf der Gemarkung Aulungen 1 Laubert Wies im Pfaffensthal, neben Gemeinde Aulungen und der f. i. Standesherrlichkeit. Derselbe beabsichtigt, dieses Grundstück zu verkaufen; der Gemeinderath verweigert ihm aber wegen mangelnder Grunderbünde die Gewährt. Auf Antrag des Markus Walch werden nun alle diejenigen, welche dingliche Rechte, oder lehrerliche oder fideicommissarische Ansprüche zu machen haben, aufgefordert, solche binnen 4 Wochen anber geltend zu machen, widrigenfalls sie dem neuen Erwerber gegenüber verloren gehen.

Engen, den 23. Februar 1868. Großh. bad. Amtsgericht. B. H. A.

31.764. Nr. 1796. Redarbischofsheim. (Bekanntmachung.) Unter Ord. Nr. 30 wurde in das Firmenregister eingetragen, daß die Ehefrau Maria Erdinger von Siegelbach, Gerolshaus, geb. Fiegenheimer, durch diesseitiges Erkenntnis vom 20. Sept. 1867, Nr. 7661, für berechtigt erklärt wurde, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzulösen. Dies wird hiermit veröffentlicht. Redarbischofsheim, den 18. Februar 1868. Großh. bad. Amtsgericht. B. H. A.

31.530. Karlsruhe. (Erkenntnis.) Georg Ackermann von hier wird, nachdem er der diesseitigen öffentlichen Aufforderung vom 4. Februar 1867, Nr. 2912, keine Folge geleistet hat, für verfallen erklärt, und ist dessen Vermögen seinen nächsten erbberechtigten Verwandten gegen Sicherheitsleistung in fürsorglichen Besitz zu übergeben. Karlsruhe, den 22. Februar 1868. Großh. bad. Amtsgericht. v. Vincenti.

31.543. Nr. 206. Haslach. (Erwählung.) Maria Anna Gibr von Steinach ist zur Erbschaft ihrer Mutter, der Peter Gibr's Frau, Maria Anna Schiermaier, berufen. Derselbe wird hiermit aufgefordert, innerhalb drei Monaten bei dem Unterzeichneten ihre Erbschaft geltend zu machen, andernfalls die Erbschaft denselben zugewiesen würde, welchen sie zustimmt, wenn die Forderung zur Zeit des Erbansfalls gar nicht am Leben gewesen wäre. Haslach, den 19. Februar 1868. Der Großh. Retar Sieglert.

31.594. Nr. 1517. Rensbach. (Aufforderung.) Ferdinand Fänder, lediger Tagelöhner von Rensbach, 49 Jahre alt, Anton Fänder, lediger Maurer von Sauterthal, 28 Jahre alt, und Gottfried Benz, lediger Steinbauer von Spitz, Königreich Württemberg, 25 Jahre alt, werden des Handelgebührens in der Anlagefache gegen Bernhard Schmaier von Rensbach wegen unbefugten Brandtweineverkaufs beschuldigt, und da sie abwesend, aufgefordert, binnen 14 Tagen sich darüber zu stellen, widrigenfalls das Erkenntnis nach dem Erkenntnis der Unterzeichneten gefällt wird. Rensbach, den 27. Februar 1868. Großh. bad. Amtsgericht. D. Ulfinger.

31.569. Nr. 4439. Waldobrunn. (Vorladung.) Die dem Leib-Grübenregiment zugehörigen Christian Roth von Schwegen und Barnabas Sutter von Rensbach werden auf Antrag der Großh. Staatsanwaltschaft bei Rensbach angeklagt, und wird Tagfahrt zur Hauptverhandlung auf den 23. März d. J., Vormittags 10 Uhr, angeordnet, wozu die beiden Angeklagten unter dem Androhen vorgeladen werden, daß im Falle ihres Ausbleibens das Urtheil nach dem Erkenntnis der Unterzeichneten gefällt werden wird. Waldobrunn, den 20. Februar 1868. Großh. bad. Amtsgericht. Hofmann.

31.571. Nr. 3267. Bruchsal. (Aufforderung.) Wegen den Kontractionspflichtigen Friedrich Bentner von Rensbach, welcher bei der letzten Ausschreibungstagfahrt unentschuldig ausgeblieben ist und sich in Folge der öffentlichen Vorladung des Großh. Bezirksamts hier vom 4. November v. J., Nr. 16,551, nicht gestellt hat, wurde Untersuchung wegen Restraktion eingeleitet und Tagfahrt zur Hauptverhandlung auf den 23. März d. J., Vormittags 9 Uhr, anberaumt. Friedrich Bentner wird aufgefordert, in dieser Tagfahrt zu erscheinen und sich wegen obigen Vergehens zu verantworten, indem andernfalls das Urtheil nach Lage der Akten erlassen werden wird. Ausgleich erucht man die betreffenden Behörden, auf Bentner zu sühnen und ihn im Vernehmungsfalle anber einzuliefern. Bruchsal, den 19. Februar 1868. Großh. bad. Amtsgericht. Dr. Schütt.

31.595. Lahr. (Aktuarstelle.) In Folge der Erkrankung eines der bei dem diesseitigen Amtsgerichte angestellten Aktuar in dessen, mit einem Gehalt von 42 fl. 50 kr. per Monat verbundene Stelle vorerz auf 6 Wochen mit einem geübten Aktuar oder einem Rechtspraktikanten sogleich zu bezeugen, und wollen sich Lusttragende unter Vorlage ihrer Zeugnisse alsbald melden. Lahr, den 2. März 1868. Großh. bad. Amtsgericht. Wilkens.

31.117. Zell. Amts Offenburg. (Gebiffenstellung.) Der Unterzeichnete sucht auf 1. Mai d. J. einen Gehilfen erster Klasse, für welchen ein Jahresgehalt von 600 fl. bestimmt ist. Bewerber werden gebeten, ihre Zeugnisse in Balde mit mitschicken. Zell, Amts Offenburg, den 1. März 1868. Zell. Amts Offenburg, Steuerperquator.

31.116. Nr. 1354. Heidelberg. (Dienstvermittlung.) Durch Beförderung unterer ersten Steuergehilfen ist dessen Stelle mit einem Gehalt von 600 fl. in Verbindung gesetzt und soll sogleich durch einen mit dem Steuer-Rechnungswesen vertrauten Mann wieder besetzt werden. Die Herren Kameralpraktikanten oder Assistenten werden zur Bewerbung hiermit eingeladen. Heidelberg, den 22. Februar 1868. Großh. bad. Hauptsteueramt. Schmidt.

(Mit einer Beilage der Großh. bad. Eisenbahn-Schuldenentlastungs-Kasse.)